



# Zusammenwachsen in der Einwanderungsgesellschaft

Wie denkt die Bevölkerung über Teilhabe,  
Verbundenheit und Zugehörigkeit?



# Zusammenwachsen in der Einwanderungsgesellschaft

Wie denkt die Bevölkerung über  
Teilhabe, Verbundenheit und Zugehörigkeit?

Dr. Kai Unzicker und Dr. Ulrike Wieland

## INHALT

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>TEILHABE</b>	<b>7</b>
2.1	Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich bei der Teilhabe an Wohnen, Arbeit und Bildung benachteiligt	7
2.2	Eine Mehrheit aller Befragten fühlt sich von der Politik nicht gehört	9
<b>3</b>	<b>VERBUNDENHEIT UND ZUGEHÖRIGKEIT</b>	<b>10</b>
3.1	Die Verbundenheit mit Deutschland ist hoch	10
3.2	Es gibt Anzeichen für Ausgrenzung, aber die Lebenszufriedenheit ist dennoch hoch	10
3.3	Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist gering und beim Vertrauen in die Polizei gibt es auffällige Unterschiede	11
3.4	Für die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft kommt es aus Sicht einer Mehrheit auf das Verhalten an	14
3.5	Abwehrende Haltungen gegenüber Einwanderung sind in Ostdeutschland ausgeprägter	16
3.6	Junge Menschen sind offener für migrationsbedingte Vielfalt	18
<b>4</b>	<b>SUBJEKTIVE IDENTITÄTEN</b>	<b>20</b>
4.1	„Migrationshintergrund“: Statistische Einordnung und Selbstbeschreibung sind nicht deckungsgleich	20
4.2	„People of Color“ ist als Begriff mäßig bekannt und als Selbstbeschreibung wenig verbreitet	20
<b>5</b>	<b>FAZIT</b>	<b>22</b>
	Hinweise zur Methode	24
	Literatur	25
	Impressum	27

## ABBILDUNGEN

ABBILDUNG 1:	Empfundene erschwerte Teilhabe an Arbeit, Wohnen und Bildung	8
ABBILDUNG 2:	Empfundene erschwerte Teilhabe an Politik und Öffentlichkeit	9
ABBILDUNG 3:	Gefühl der Verbundenheit	11
ABBILDUNG 4:	Gefühl der Zugehörigkeit	12
ABBILDUNG 5:	Vertrauen in Institutionen	13
ABBILDUNG 6:	Einstellungen zu Deutschland als Einwanderungsland	15
ABBILDUNG 7:	Einstellungen zu Deutschland als Einwanderungsland – Ost-West-Vergleich	17
ABBILDUNG 8:	Offenheit für migrationsbedingte Vielfalt nach Altersgruppen	19
ABBILDUNG 9:	Diskrepanz von statistischer Fremdzuschreibung und Selbstzuschreibung beim Migrationshintergrund	21

## 1

# EINLEITUNG

Deutschland ist ein Einwanderungsland – dieser Fakt ist heute in Politik und Gesellschaft weitgehend akzeptierte Realität. Das Zusammenleben in kultureller Vielfalt hat in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, seine weitere Gestaltung bleibt aber eine wichtige Zukunftsaufgabe. Deutschland ist noch auf dem Weg, Vielfalt als Normalität zu leben. Dabei spielen Fragen von Teilhabe, Verbundenheit, Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit eine wichtige Rolle. Wir wollten wissen, wo Deutschland bei diesen Themen aktuell steht, und haben die Bevölkerung befragt.

Es ging uns mit der Befragung vor allem darum, dem Zusammenwachsen der kulturell vielfältigen Bevölkerung in der deutschen Einwanderungsgesellschaft genauer auf die Spur zu kommen. Das bedeutet zum Beispiel, dass wir bei den Themen „Teilhabe“, „Verbundenheit“ und „Zugehörigkeit“ einen vergleichenden Blick auf die Antworten der Befragten mit Migrationshintergrund und derjenigen ohne Migrationshintergrund geworfen haben. Darüber hinaus haben wir die Kategorie des „Migrationshintergrunds“ aber auch selbst zum Thema der Befragung gemacht, denn in den gesellschaftlichen Debatten um Identität, Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit spielen der Begriff und seine mutmaßlichen Effekte auf die Selbst- und Fremdwahrnehmung eine Rolle. Die Verwendung der Kategorie wird von einigen Expert:innen inzwischen kritisiert, jüngst auch von der Fachkommission Integrationsfähigkeit (vgl. Fachkommission Integrationsfähigkeit 2020: 218 ff.; SVR 2021: 24 f.).

Die aktuell vom Statistischen Bundesamt im Rahmen des Mikrozensus verwendete Definition erfasst eine in Deutschland wohnhafte Person in der Kategorie des Migrationshintergrunds, „wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt“ (Statistisches Bundesamt 2022: 5). Das bedeutet, dass darunter teils auch Personen fallen, die selbst in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und einen deutschen Pass haben. Eine zentrale Kritik lautet, dass die statistische Kategorie einen problematischen Effekt habe, insofern sie Menschen als „fremd“ markiere und so ihre (volle) Zugehörigkeit als Deutsche infrage stelle. Die Fachkommission Integrationsfähigkeit hat vorgeschlagen, die Kategorie des „Migrationshintergrunds“ für den Mikrozensus nicht mehr zu verwenden und durch die neue Kategorie „Eingewanderte und ihre Nachkommen“ zu ersetzen, mit der nur noch Menschen erfasst werden sollen, die entweder selbst oder deren *beide* Elternteile nach Deutschland zugewandert sind (vgl. Fachkommission Integrationsfähigkeit 2020: 222 f.). Das Statistische Bundesamt hat daraufhin nun eine entsprechende Kategorie eingeführt, behält aber auch die Kategorie „Migrationshintergrund“ vorerst weiter bei (vgl. Pürckhauer 2022).

Es besteht in der Fachwelt jedoch bisher kein Konsens darüber, dass die Kategorie des Migrationshintergrunds tatsächlich abgeschafft werden soll. Einige Expert:innen – darunter der Sachverständigenrat für Integration und Migration – weisen darauf hin, dass die statistische Kategorie weiterhin ein wichtiges Instrument sei, um Benachteiligungen und Ungleichheit sichtbar zu machen

(vgl. SVR 2021: 25). Wir teilen die Ansicht, dass die statistische Erfassung des Migrationshintergrunds hilfreich ist, um Benachteiligungen erkennen, aufzeigen und politisch adressieren zu können. Das heißt, auch wir arbeiten mit dieser Kategorie, folgen dabei aber der aktuellen Definition des Integrationsmonitorings der Länder, die vor dem Hintergrund der kritischen Debatten für den Bericht 2021 neu festgelegt wurde. Es handelt sich hier um eine Definition, die bereits früher im Zensus 2011 zum Einsatz kam. Dieser zufolge „haben einen Migrationshintergrund jene Personen, die Ausländer/innen sind oder im Ausland geboren und nach dem 31.12.1955 nach Deutschland zugewandert sind oder einen im Ausland geborenen und nach dem 31.12.1955 nach Deutschland zugewanderten Elternteil haben“ (IntMK 2021: 11). Die Ergebnisse unserer Befragung deuten darauf hin, dass dieser Personenkreis insbesondere bei ökonomisch relevanten Aspekten von Teilhabe – wie Wohnen, Arbeit und Bildung – Benachteiligung erfährt. Außerdem äußern die Befragten mit Migrationshintergrund häufiger das Gefühl, in unserer Gesellschaft nicht richtig dazuzugehören.

Dies sind wichtige Erkenntnisse zu Benachteiligungs- und Ausgrenzungserfahrungen, die mithilfe der statistischen Kategorie des Migrationshintergrunds gewonnen werden konnten. Darüber hinaus tragen wir aber auch der kritischen Seite in der Debatte um den Migrationshintergrund Rechnung, indem wir die Kategorie selbst zum Thema der Befragung gemacht haben. Wir berücksichtigen also die Tatsache, dass statistische Kategorien stets auch den öffentlichen Diskurs und das Denken ihrer Rezipient:innen prägen. Solche Kategorien eröffnen ein konzeptuelles und sprachliches Angebot, wie Menschen sich selbst und andere in der Gesellschaft betrachten und beschreiben können. Subjektiv empfinden manche Menschen bestimmte Kategorien und Begrifflichkeiten als stigmatisierend und lehnen ihre Verwendung in Bezug auf sich selbst ab. Für andere sind sie dagegen hilfreiche konzeptuelle und sprachliche Bezugspunkte für Aspekte, die sie als wichtigen Teil ihrer Identität oder Lebensgeschichte empfinden. Das bedeutet: Statistische Kategorien können Anknüpfungspunkte für Ausgrenzung, aber auch für positive Identifikation und Emanzipation sein.

Um den diesbezüglichen Empfindungen der Befragten auf die Spur zu kommen, haben wir die Menschen gefragt, ob sie selbst von sich sagen würden, dass sie einen Migrationshintergrund haben. Um ein möglichst umfassendes und differenziertes Bild zu erhalten, haben wir in diesem Zusammenhang auch die Gruppe der „dritten Generation“ erfasst, deren Großeltern nach Deutschland eingewandert sind. Als weitere Möglichkeit zur Selbstbeschreibung haben wir außerdem die bislang hierzulande noch weniger bekannte Kategorie „People of Color“ angeboten. Die Befragung hat ergeben, dass sich statistischer Migrationshintergrund und subjektiver Migrationshintergrund überlappen, aber nicht deckungsgleich sind. Ein Teil der Befragten mit statistischem Migrationshintergrund wählt den Begriff für sich nicht als Selbstbeschreibung. Gleichzeitig gibt es Menschen, die von sich selbst sagen, dass sie einen Migrationshintergrund haben, während dies nach statistischer Definition nicht der Fall ist. Ein kleiner Teil der Befragten bezeichnet sich als *People of Color*. Dazu gehören sowohl Menschen mit statistischem Migrationshintergrund als auch Menschen ohne einen solchen.

Unsere Befragungsergebnisse zeigen: Das Zusammenwachsen in der Einwanderungsgesellschaft ist ein dynamischer Prozess mit sozioökonomischen Unwuchten und komplexen, vielfältigen Identitäten. Im unübersichtlichen Kontext globaler Krisen – von der Coronapandemie über den Klimawandel bis hin zum Ukrainekrieg und seinen Auswirkungen – liegt darin ein Potenzial für Überforderung, und es besteht die reale Gefahr, dass eine Sehnsucht nach Übersichtlichkeit, Eindeutigkeit und Geborgenheit politischen Bestrebungen Auftrieb verleiht, die unsere liberale Demokratie bedrohen. Zugleich lebt die Demokratie von Pluralität, Vielstimmigkeit und Streitbarkeit. Politik und Zivilgesellschaft müssen mit aller Kraft daran arbeiten, dass Empathie und Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit die Oberhand behalten. Dabei können sie – auch das zeigen unsere Befragungsergebnisse – auf ein solides Fundament bauen. Denn eine große Mehrheit der Befragten, ob mit oder ohne (statistischen) Migrationshintergrund, fühlt sich mit Deutschland verbunden und von anderen Menschen akzeptiert, die Lebenszufriedenheit ist insgesamt hoch, und es herrscht die geteilte Überzeugung, dass es in erster Linie nicht auf die Herkunft ankommt, sondern darauf, dass alle Einwohner:innen ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten.

# 2

## TEILHABE

### 2.1

#### **Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich bei der Teilhabe an Wohnen, Arbeit und Bildung benachteiligt**

Eine zentrale Voraussetzung für das gelingende Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist, dass alle Menschen eine faire Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten und niemand zum Beispiel aufgrund seiner Herkunft diskriminiert wird. Für den Alltag der Menschen unmittelbar relevant sind die Teilhabe an Wohnraum sowie an Arbeit und Bildung. In Bezug auf die empfundenen Teilhabechancen an diesen Lebensbereichen zeigen sich auffällige Unterschiede zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund. Menschen mit Migrationshintergrund (MH) geben deutlich häufiger an, dass es für Menschen wie sie schwieriger sei als für die meisten anderen Menschen, eine passende Arbeitsstelle zu finden (mit MH: 58 Prozent; ohne MH: 48 Prozent), eine Wohnung zu bekommen (mit MH: 65 Prozent; ohne MH: 53 Prozent) oder einen guten Bildungsabschluss zu erzielen (mit MH: 56 Prozent; ohne MH: 46 Prozent).

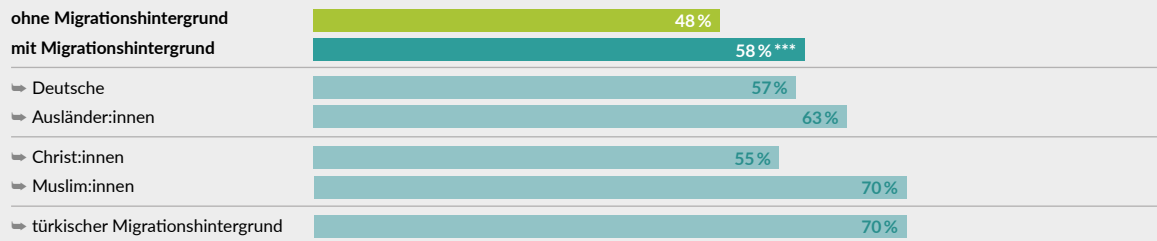
In unserer Analyse konnten wir feststellen, dass bei dieser Frage („Wie leicht ist es für Menschen wie Sie, ...?“) tatsächlich der Migrationshintergrund für die genannten Unterschiede bei den Antworten ausschlaggebend ist und nicht etwa ein anderer Faktor, wie zum Beispiel das Einkommen oder die Bildung der Befragten. Dies lässt darauf schließen,

dass Menschen mit Migrationshintergrund immer noch von strukturellen Benachteiligungen betroffen sind, die sich auf bewusste oder unbewusste Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, dem Arbeitsmarkt oder in der Schule zurückführen lassen. Es ist also davon auszugehen, dass die gebotene Chancengleichheit in Deutschland noch nicht voll verwirklicht ist.

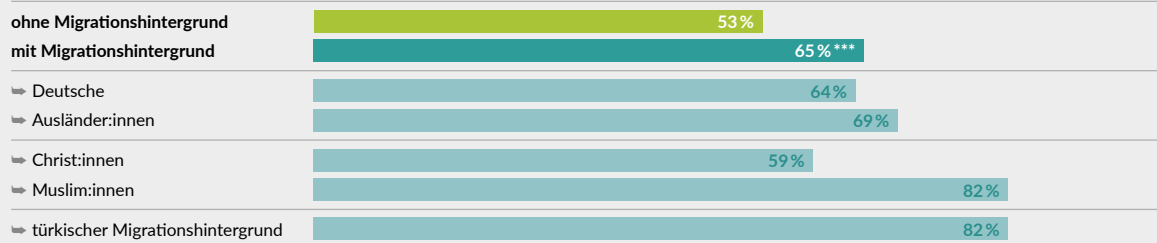
An dieser Stelle lohnt zudem ein genauerer Blick auf die in sich heterogene Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund, zum Beispiel differenziert nach Staatsbürgerschaft, Herkunft oder Religion, denn dadurch wird noch einmal deutlicher, wer sich besonders von der Teilhabe an Arbeit, Wohnen und Bildung ausgeschlossen fühlt. Zwar sind die Fallzahlen für manche dieser Gruppen relativ klein, aber vorsichtige Aussagen lassen sich dennoch treffen. So liegt etwa die empfundene Benachteiligung für Befragte ohne die deutsche Staatsbürgerschaft, also Ausländer:innen, nochmals höher als für die Befragten mit Migrationshintergrund insgesamt. Erheblich höher fallen die Werte auch für muslimische Befragte sowie für solche mit einem türkischen Migrationshintergrund aus. Dabei ist anzumerken, dass die Gruppe der Muslime und Musliminnen und die Gruppe der Menschen mit türkischem Migrationshintergrund nicht deckungsgleich sind: Nur rund zwei Drittel der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund geben an, muslimisch zu sein, ein Drittel identifiziert sich als nicht religiös; umgekehrt stammen nur rund zwei Drittel der Muslime und Musliminnen aus der Türkei.

ABBILDUNG 1: **Empfundene erschwerte Teilhabe an Arbeit, Wohnen und Bildung**

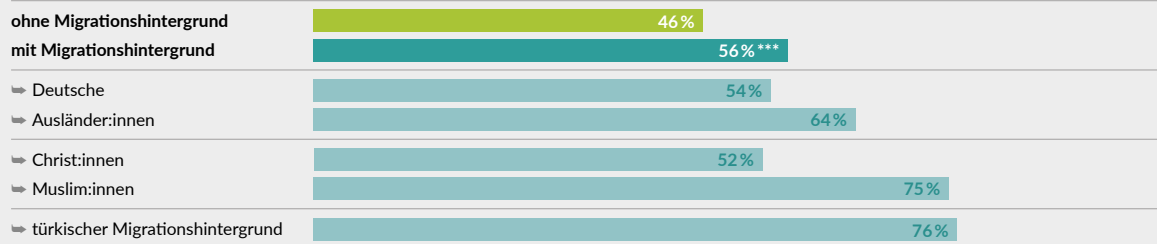
**Arbeitsstelle**



**Wohnung**



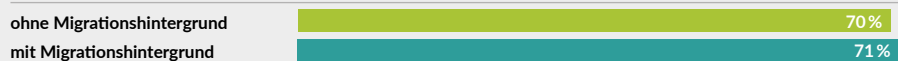
**Bildungsabschluss**



Dargestellt sind die Antworten auf die Fragen „Wie leicht ist es für Menschen wie Sie, eine passende Arbeitsstelle zu bekommen / eine Wohnung zu bekommen / einen guten Bildungsabschluss zu erzielen?“ differenziert nach Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit, Religion und Herkunftsregion. Die Befragten konnten auf einer Skala von 1 (schwieriger als für die meisten anderen Menschen) bis 6 (leichter als für die meisten anderen Menschen) antworten. Angegeben sind in Prozent die zusammengefassten Anteile der Kategorien 1 bis 3. Signifikante Unterschiede zwischen Befragten mit und Befragten ohne Migrationshintergrund sind markiert (Signifikanzniveau \* 5 Prozent, \*\* 1 Prozent, \*\*\* 0,1 Prozent).



ABBILDUNG 2: Empfundene erschwerte Teilhabe an Politik und Öffentlichkeit

**Politik****Öffentlichkeit**

Dargestellt sind die Antworten auf die Fragen „Wie leicht ist es für Menschen wie Sie, mit ihren Interessen und Bedürfnissen von der Politik berücksichtigt zu werden / in der Öffentlichkeit, zum Beispiel in der Zeitung oder im Fernsehen, zu Wort zu kommen?“ differenziert nach Migrationshintergrund. Die Befragten konnten auf einer Skala von 1 (schwieriger als für die meisten anderen Menschen) bis 6 (leichter als für die meisten anderen Menschen) antworten. Angegeben sind in Prozent die zusammengefassten Anteile der Kategorien 1 bis 3.

| BertelsmannStiftung

## 2.2

**Eine Mehrheit aller Befragten fühlt sich von der Politik nicht gehört**

Beim Thema „Teilhabe“ geht es auch darum, in dem Sinne an der allgemeinen Öffentlichkeit und an der Politik zu partizipieren, dass die eigenen Interessen und Bedürfnisse im medialen und politischen Diskurs aufgegriffen und adressiert werden. Hier zeigt sich, dass eine deutliche Mehrheit *aller* Befragten – das heißt mit und ohne Migrationshintergrund – es für sich selbst als besonders schwierig empfindet, in Politik und Öffentlichkeit Gehör zu finden. Dass es für Menschen wie sie schwieriger sei als für die meisten anderen Menschen, mit ihren Interessen und Bedürfnissen von der Politik berücksichtigt zu werden, meinen 72 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund und 69 Prozent derjenigen ohne Migrationshintergrund. Dass es für Menschen wie sie schwieriger sei als für die meisten anderen Menschen, in der Öffentlichkeit (z. B. in der Zeitung oder im Fernsehen) zu Wort zu kommen, sagen 71 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund und 70 Prozent derjenigen ohne Migrationshintergrund.

Diese Befunde zeigen, dass sowohl Menschen mit als auch jene ohne Migrationshintergrund ihre Teilhabechancen an Politik und Öffentlichkeit als gering einschätzen. Dies kann durchaus als Krise der Repräsentation gewertet werden: Offenbar fühlen sich weite Teile der Bevölkerung nicht angemessen gehört und repräsentiert. Dies spiegelt sich auch in einem geringen Vertrauen in die repräsentativen Institutionen der Demokratie wider (siehe hierzu unten Kapitel 3.3).

# 3

## VERBUNDENHEIT UND ZUGEHÖRIGKEIT

### 3.1

#### Die Verbundenheit mit Deutschland ist hoch

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist neben der Teilhabe und dem Gefühl, dass es in der Gesellschaft gerecht zugeht, auch die positive emotionale Verbundenheit und Identifikation mit dem Gemeinwesen eine zentrale Dimension (vgl. Arant / Dragolov / Boehnke 2017: 24 f.). Wir haben untersucht, inwieweit sich Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund mit der deutschen Gesellschaft verbunden fühlen. Diesbezüglich ist zunächst hervorzuheben, dass eine große Mehrheit aller Befragten sich mit Deutschland verbunden fühlt und mit ihrem Leben in Deutschland alles in allem zufrieden ist (vgl. Abb. 3 und 4). Die Verbundenheit mit Deutschland ist bei den Menschen mit Migrationshintergrund mit 75 Prozent zustimmenden Antworten nicht viel geringer ausgeprägt als bei den Menschen ohne Migrationshintergrund (80 Prozent).

Differenziert man an dieser Stelle innerhalb der Gruppe der Befragten mit Migrationshintergrund zwischen deutschen Staatsangehörigen und Ausländer:innen, zeigt sich, dass Deutsche mit und Deutsche ohne Migrationshintergrund bei der Verbundenheit mit Deutschland mit 77 Prozent bzw. 80 Prozent beinahe gleichauf liegen, während die Ausländer:innen mit 68 Prozent demgegenüber deutlich abfallen. Das kann zum Teil mit einer kürzeren Aufenthaltsdauer in Deutschland zu tun haben. Wie dem auch sei:

Der Befund legt nahe, dass die Förderung von Einbürgerung ein Weg sein kann, die Verbundenheit mit Deutschland zu stärken, da das Vorliegen einer deutschen Staatsangehörigkeit mit höheren Werten für Verbundenheit einhergeht.

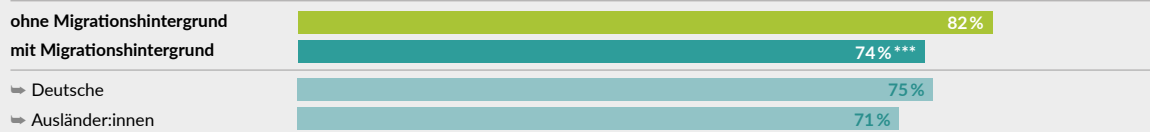
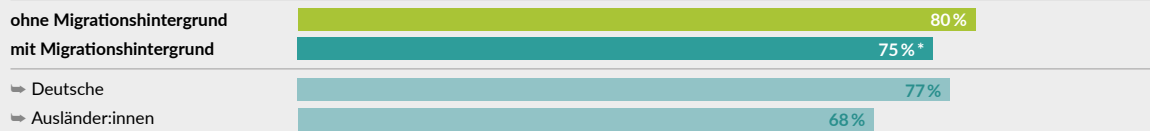
Beim Vergleich zwischen den unterschiedlichen räumlichen Bezugsgrößen, also dem Wohnort, der Region und Deutschland, finden wir keine nennenswerten Differenzen bei der Verbundenheit – im Unterschied zu anderen Untersuchungen, die zum Beispiel eine stärkere Bindung an den Wohnort als an das Land feststellen (vgl. Schiefer / van der Noll / Delhey / Boehnke 2012: 46; Brand / Follmer / Unzicker 2020: 81).

### 3.2

#### Es gibt Anzeichen für Ausgrenzung, aber die Lebenszufriedenheit ist dennoch hoch

Die Ergebnisse zur Verbundenheit sollten im Zusammenhang mit denjenigen zur empfundenen Zugehörigkeit betrachtet werden. Hier sticht der Befund hervor, dass Menschen mit Migrationshintergrund mit 48 Prozent zustimmenden Antworten häufiger das Gefühl äußern, in der Gesellschaft nicht richtig dazuzugehören, als Menschen ohne Migrationshintergrund (40 Prozent). Es zeigt sich also, dass sich – wie oben beschrieben – eine große Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund mit Deutsch-

ABBILDUNG 3: Gefühl der Verbundenheit

**Wohnort****Region****Deutschland**

Dargestellt sind die Antworten auf die Fragen „Menschen fühlen sich unterschiedlich stark mit ihrem Wohnort, ihrer Region oder dem Land, in dem sie leben, verbunden. Wie ist das bei Ihnen selbst, wie sehr fühlen Sie sich verbunden mit Ihrem aktuellen Wohnort / mit der Region, in der Sie leben / mit Deutschland?“ Die Befragten konnten auf einer Skala von 1 (gar nicht verbunden) bis 4 (sehr verbunden) antworten. Angegeben sind in Prozent die zusammengefassten Anteile der Kategorien 1 und 2 (stark verbunden / eher verbunden). Signifikante Unterschiede zwischen Befragten mit und Befragten ohne Migrationshintergrund sind markiert (Signifikanzniveau \* 5 Prozent, \*\* 1 Prozent, \*\*\* 0,1 Prozent).

| BertelsmannStiftung

land verbunden fühlt, zugleich aber knapp die Hälfte der Befragten die eigene Zugehörigkeit zur Gesellschaft zeitweise infrage gestellt sieht. Gleichwohl ist hervorzuheben, dass eine sehr große Mehrheit aller Befragten sich so, wie sie sind, von den meisten Menschen akzeptiert fühlt (mit Migrationshintergrund: 86 Prozent; ohne Migrationshintergrund: 88 Prozent). Ebenso geben die allermeisten Befragten an, sich in Deutschland zu Hause zu fühlen (mit MH: 80 Prozent; ohne MH: 84 Prozent) und mit ihrem Leben so, wie sie es heute in Deutschland führen, alles in allem zufrieden zu sein (mit MH: 72 Prozent; ohne MH: 71 Prozent).

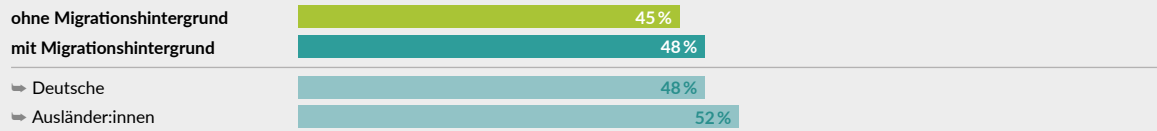
## 3.3

### Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist gering und beim Vertrauen in die Polizei gibt es auffällige Unterschiede

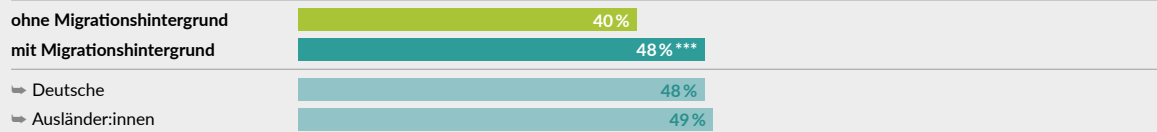
In den thematischen Zusammenhang von Verbundenheit und Zugehörigkeit passt auch die Frage nach dem Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Das Institutionenvertrauen bildet ebenfalls eine wichtige Facette des gesellschaftlichen Zusammenhalts (vgl. Arant / Dragolov / Boehnke 2017: 25). Diesbezüglich zeigen unsere Ergebnisse, dass sich das Institutionenvertrauen aller Befragten generell auf einem eher niedrigen Niveau bewegt. Insbesondere trifft das auf politische Schlüsselinstitutionen wie die Bundesregierung, das Parlament und die politischen Parteien zu: Großes oder sehr großes Vertrauen haben hier nur jeweils 29 Prozent (Bundesregierung und Parlament)

ABBILDUNG 4: **Gefühl der Zugehörigkeit**

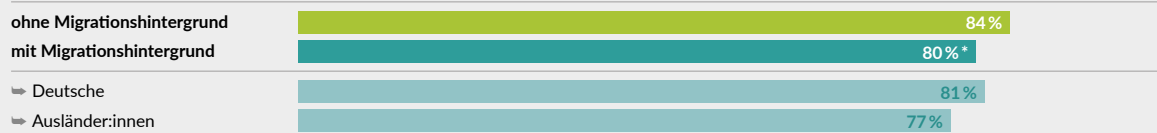
**Ich fühle mich manchmal wie ein Fremder / eine Fremde im eigenen Land.**



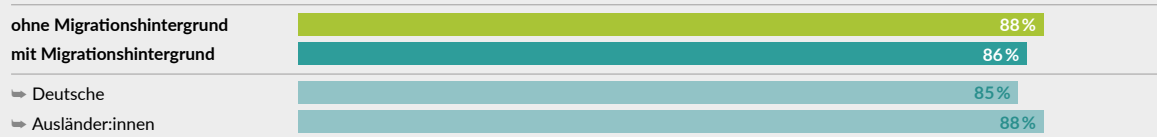
**Ich habe manchmal das Gefühl, in unserer Gesellschaft nicht richtig dazuzugehören.**



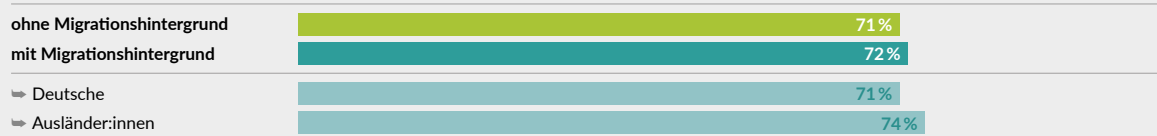
**In Deutschland fühle ich mich zu Hause.**



**Die meisten Menschen akzeptieren mich so, wie ich bin.**



**Alles in allem bin ich mit meinem Leben so, wie ich es heute hier in Deutschland führe, zufrieden.**



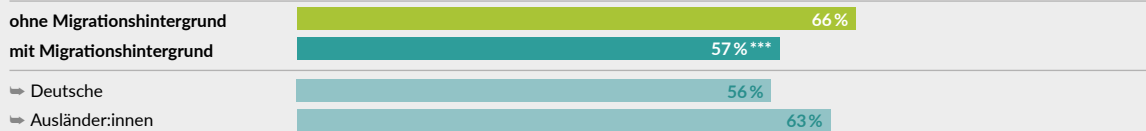
Dargestellt ist in Prozent die Zustimmung mit den zusammengefassten Antwortkategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ zu den genannten Aussagen. Signifikante Unterschiede zwischen Befragten mit und Befragten ohne Migrationshintergrund sind markiert (Signifikanzniveau \* 5 Prozent, \*\* 1 Prozent, \*\*\* 0,1 Prozent).

ABBILDUNG 5: Vertrauen in Institutionen

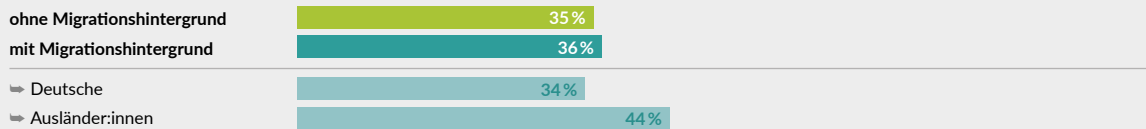
... in die Gerichte



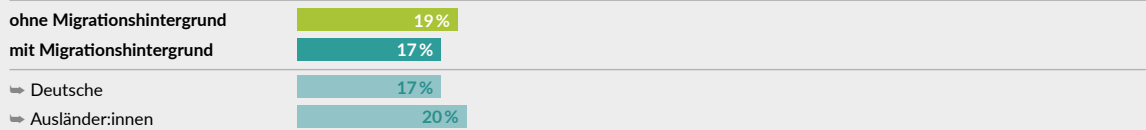
... in die Polizei



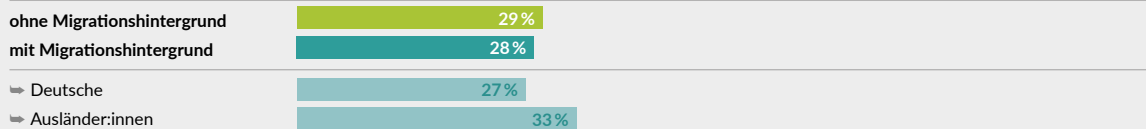
... in die öffentliche Verwaltung



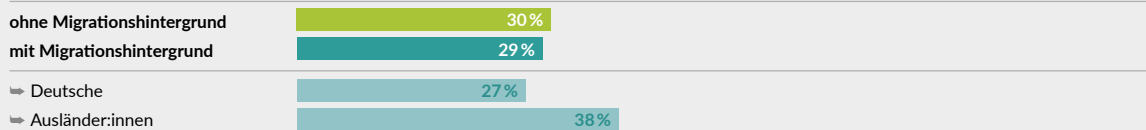
... in die politischen Parteien



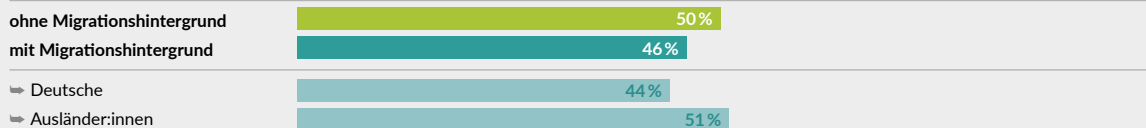
... in das Parlament



... in die Bundesregierung



... in die Schulen



Dargestellt sind die Antworten auf die Fragen „Bitte geben Sie für jede der genannten Einrichtungen an, wie viel Vertrauen Sie in diese haben: in die Gerichte; in die Polizei; in die öffentliche Verwaltung; in die politischen Parteien; in das Parlament; in die Bundesregierung; in die Schulen.“ Die Befragten konnten auf einer Skala von 1 (überhaupt kein Vertrauen) bis 4 (sehr großes Vertrauen) antworten. Angegeben sind in Prozent die zusammengefassten Anteile der Kategorien 3 und 4 (großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen). Signifikante Unterschiede zwischen Befragten mit und Befragten ohne Migrationshintergrund sind markiert (Signifikanzniveau \* 5 Prozent, \*\* 1 Prozent, \*\*\* 0,1 Prozent).

bzw. 18 Prozent (Parteien) der Befragten. Niedrige Werte beim Institutionenvertrauen, insbesondere bei den politischen Institutionen, sind weder ein neues Phänomen noch im internationalen Vergleich ungewöhnlich (vgl. Faus et al. 2019; Zmerli 2016: 186 f.). Gleichwohl wären höhere Vertrauenswerte im Hinblick auf eine stabile Zukunft der Demokratie in Deutschland (und Europa) wünschenswert.

Bedeutende Unterschiede zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund zeigen sich beim Institutionenvertrauen nicht. Dies korrespondiert auch mit dem Befund, dass sich – unabhängig vom Migrationshintergrund – sehr viele Befragte in der Politik nicht gehört fühlen (siehe oben Kapitel 2.2). Innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund fällt jedoch auf, dass Ausländer:innen durchweg höhere Vertrauenswerte aufweisen. Dies dürfte mit einer kürzeren Aufenthaltsdauer in Deutschland zusammenhängen, gegebenenfalls in Kombination mit negativen Erfahrungen mit Politik und Verwaltung in den Herkunftsländern. Das Phänomen, dass das Institutionenvertrauen mit steigender Aufenthaltsdauer sinkt und sich dem niedrigeren Niveau der einheimischen Bevölkerung mit der Zeit annähert, ist als sogenannter „Honeymoon-Effekt“ in der Forschung bekannt (vgl. SVR 2020: 5; Röder / Mühlau 2012).

Bemerkenswert sind die Ergebnisse zum Vertrauen in die Polizei. Diese fallen im Vergleich der abgefragten Institutionen am höchsten aus: 64 Prozent aller Befragten geben an, großes oder sehr großes Vertrauen in die Polizei zu haben. Allerdings liegen die Vertrauenswerte der Menschen mit Migrationshintergrund mit 57 Prozent hier auffällig niedriger als diejenigen der Befragten ohne Migrationshintergrund (66 Prozent). Das kann verschiedene Gründe haben. Eine mögliche Erklärung ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund eher Erfahrungen mit der Polizei machen, die ihr Vertrauen in diese unterminieren – zum Beispiel wenn sie vermehrt in Personenkontrollen geraten, denen womöglich ein „Racial Profiling“ zugrunde liegt. Eine andere mögliche Erklärung ist eine stärkere generelle Skepsis gegenüber der Polizei, die etwa auf schlechten Erfahrungen mit dem Funktionieren der Polizei im Herkunftsland oder auch mit den Sicherheitsbehörden verschiedener Länder während der Migration nach Deutschland beruhen kann. Diese zweite Erklärung kann sich aber nur auf Personen beziehen, die selbst eingewandert sind. Drittens könnte schließlich auch eine mangelnde Repräsentation hinter

dem geringeren Vertrauen stecken: Der Anteil der Polizist:innen mit Migrationshintergrund ist immer noch relativ gering, wenngleich er in den letzten Jahren in den meisten Bundesländern angestiegen ist (vgl. Hasselmann / Wilmot / Ghelli 2021).

Um die Hintergründe der größeren Differenz beim Vertrauen in die Polizei zu erhellen, wären genauere Untersuchungen und Befragungen sinnvoll. Zum Beispiel könnte eine Studie, die untersucht, inwieweit Rassismus innerhalb der deutschen Polizei verbreitet ist, hier Abhilfe schaffen. Eine solche Studie wurde allerdings noch im vergangenen Jahr vom damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer abgelehnt. Nun greift die Ampelkoalition die Thematik in etwas veränderter und erweiterter Form wieder auf: Eine „Extremismus-Studie“, deren Finanzierung im Frühjahr beschlossen wurde, soll extremistischen Tendenzen in den deutschen Sicherheitsbehörden auf den Grund gehen. Dabei sollen auch rassistische Einstellungen in Polizei und Verfassungsschutz ins Visier genommen werden (vgl. Schulze 2022).

### 3.4

#### **Für die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft kommt es aus Sicht einer Mehrheit auf das Verhalten an**

Beim Zusammenwachsen in der Einwanderungsgesellschaft bilden die empfundene eigene Zugehörigkeit und die Verbundenheit mit dem Gemeinwesen die eine Seite der Medaille. Untrennbar damit verknüpft ist die andere Seite, die sich auf ein Gefühl der Zusammengehörigkeit der Gesellschaftsmitglieder untereinander bezieht. Das heißt, hier geht es darum, ob sich die Menschen in der Einwanderungsgesellschaft gegenseitig als vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft anerkennen.

Die Grundvoraussetzung hierfür ist zunächst die Akzeptanz der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen kulturellen Bezügen miteinander leben. Die große Mehrheit aller Befragten (77 Prozent) ist sich in dieser Hinsicht einig: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Insgesamt blicken die Befragten mit Migrationshintergrund dabei aber positiver auf die kulturelle Vielfalt in der

ABBILDUNG 6: Einstellungen zu Deutschland als Einwanderungsland

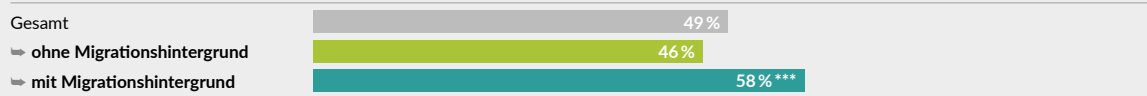
**Deutschland ist ein Einwanderungsland.**



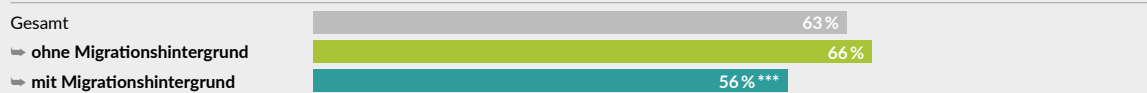
**Auch wenn jemand die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, ist diese Person noch lange kein richtiger Deutscher.**



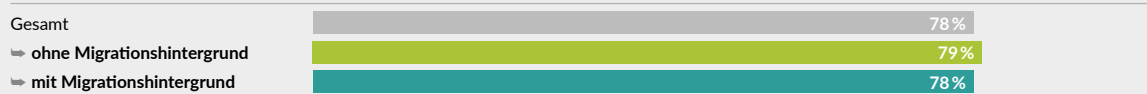
**Alles in allem hat Deutschland durch Einwanderung mehr Vorteile als Nachteile.**



**Die Politik sollte die Zahl der Einwanderer nach Deutschland deutlich begrenzen.**



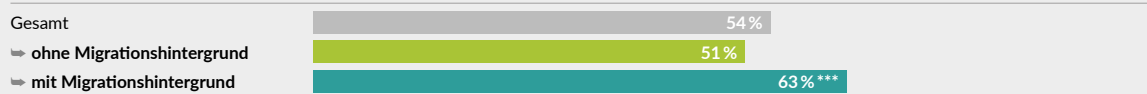
**Wer schon lange in Deutschland lebt, die Sprache spricht und seinen Beitrag zur Gesellschaft leistet, ist für mich ein Deutscher.**



**Es ist besser, wenn unterschiedliche Kulturen und Religionen sich nicht miteinander vermischen.**



**Die Vielfalt, die durch Einwanderung entsteht, erlebe ich vor allem als eine Bereicherung des Lebens.**



Dargestellt ist in Prozent die Zustimmung mit den zusammengefassten Antwortkategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ zu den genannten Aussagen. Signifikante Unterschiede zwischen Befragten mit und Befragten ohne Migrationshintergrund sind markiert (Signifikanzniveau \* 5 Prozent, \*\* 1 Prozent, \*\*\* 0,1 Prozent).

Gesellschaft: 58 Prozent von ihnen stimmen der Aussage zu, dass Deutschland durch Einwanderung mehr Vorteile als Nachteile habe (ohne Migrationshintergrund: 46 Prozent). 63 Prozent erleben die Vielfalt, die durch Einwanderung entsteht, vor allem als Bereicherung des Lebens (ohne MH: 51 Prozent). Dass die Politik die Zahl der Einwanderer und Einwanderinnen nach Deutschland deutlich begrenzen solle, meinen 56 Prozent (ohne MH: 66 Prozent).

Nah beieinander liegen die Befragten mit und jene ohne Migrationshintergrund bei den Fragen dazu, was aus ihrer Sicht nötig ist, um als Deutsche:r anerkannt zu werden. Aus Sicht einer knappen Mehrheit der Befragten – und hier unterscheiden sich diejenigen mit und diejenigen ohne Migrationshintergrund übrigens kaum – ist die deutsche Staatsangehörigkeit allein kein hinreichendes Kriterium für Zugehörigkeit: 55 Prozent der Befragten mit und 54 Prozent derjenigen ohne Migrationshintergrund stimmen der Aussage zu, dass „jemand noch lange kein richtiger Deutscher“ sei, auch wenn diese Person die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

Ein großer Teil der Befragten meint, dass Zugehörigkeit sich nicht in erster Linie aus rein formalen Kriterien ergebe, wie etwa dem Besitz eines bestimmten Passes, sondern dass sie erst mit der Zeit und aufgrund bestimmter Verhaltensweisen entstehe. Beide Befragtengruppen sind sich mit großer Mehrheit (mit Migrationshintergrund: 78 Prozent; ohne Migrationshintergrund: 79 Prozent) einig, dass es vor allem auf folgende Faktoren ankommt: dass jemand schon lange in Deutschland lebt, die Sprache spricht und seinen bzw. ihren Beitrag zur Gesellschaft leistet. Diese Einigkeit darüber, dass für die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft vor allem das Verhalten von zentraler Bedeutung ist – und nicht etwa die Herkunft oder rein formale Kriterien –, bildet eine starke Basis für das weitere Zusammenwachsen in der Einwanderungsgesellschaft. Zugleich ist es wichtig zu betonen, dass (erst) die deutsche Staatsbürgerschaft eine vollständige rechtliche Gleichstellung bedeutet und gleiche Teilhabe an der Gesellschaft faktisch eher ermöglicht (siehe oben Kapitel 2.1).

### 3.5

#### Abwehrende Haltungen gegenüber Einwanderung sind in Ostdeutschland ausgeprägter

Dass die Ansichten von Ost- und Westdeutschen zum Thema „Einwanderung“ bisweilen stark auseinanderklaffen, ist aus vielen Studien bekannt (z. B. Kösemen / Wieland 2022; Decker / Brähler 2020; Zick / Küpper 2021; Unzicker 2022). Auch in unserer aktuellen Befragung zeigen sich wieder ausgeprägte Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Befragten, wobei der Blick der Ostdeutschen auf die Einwanderung in Deutschland spürbar negativer ausfällt. Dass Deutschland alles in allem durch Einwanderung mehr Vorteile als Nachteile habe, meint gut die Hälfte (52 Prozent) der Westdeutschen, aber nur gut ein Drittel (36 Prozent) der Ostdeutschen. Dass die Politik die Zahl der Einwanderer und Einwanderinnen nach Deutschland deutlich begrenzen solle, meint mit 75 Prozent eine große Mehrheit der Ostdeutschen gegenüber 61 Prozent bei den Westdeutschen. Fast jede:r zweite Befragte in Ostdeutschland (48 Prozent) ist der Meinung, es sei besser, wenn unterschiedliche Kulturen und Religionen sich nicht miteinander vermischen (Westdeutschland: 39 Prozent). Und während über die Hälfte (57 Prozent) der Befragten in Westdeutschland die Vielfalt, die durch Einwanderung entsteht, vor allem als Bereicherung des Lebens erfährt, äußern sich in Ostdeutschland deutlich weniger Menschen so (42 Prozent).

Zugleich ist nicht zu vernachlässigen, dass sich auch in Westdeutschland mit 61 Prozent eine klare Mehrheit für eine Begrenzung von Einwanderung durch die Politik ausspricht. Dahinter dürfte eine bereits aus früheren Umfragen bekannte Ambivalenz der Bevölkerung gegenüber Zuwanderung stecken. Unsere zu Jahresbeginn veröffentlichte Studie „Willkommenskultur zwischen Stabilität und Aufbruch“ (Kösemen / Wieland 2022) erbrachte das Ergebnis, dass 67 Prozent der Befragten sich um zusätzliche Kosten für den Sozialstaat als Folge von Zuwanderung sorgen, und 66 Prozent befürchten Konflikte zwischen Einheimischen und Eingewanderten. Auf der anderen Seite wurden aber auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen gesehen: Dass Zuwanderung das Leben interessanter mache, meinten 66 Prozent der Befragten. Ebenfalls eine deutliche Mehrheit (68 Prozent) war der Ansicht, Zuwande-



ABBILDUNG 7: Einstellungen zu Deutschland als Einwanderungsland – Ost-West-Vergleich

**Deutschland ist ein Einwanderungsland.**



**Auch wenn jemand die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, ist diese Person noch lange kein richtiger Deutscher.**



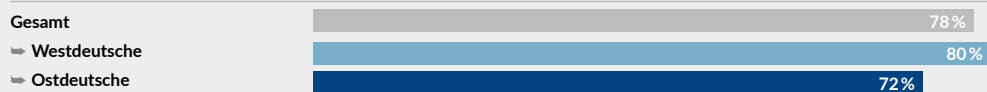
**Alles in allem hat Deutschland durch Einwanderung mehr Vorteile als Nachteile.**



**Die Politik sollte die Zahl der Einwanderer nach Deutschland deutlich begrenzen.**



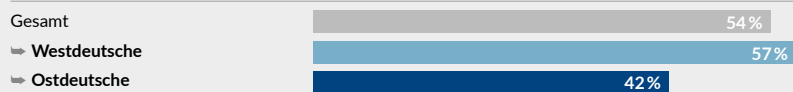
**Wer schon lange in Deutschland lebt, die Sprache spricht und seinen Beitrag zur Gesellschaft leistet, ist für mich ein Deutscher.**



**Es ist besser, wenn unterschiedliche Kulturen und Religionen sich nicht miteinander vermischen.**



**Die Vielfalt, die durch Einwanderung entsteht, erlebe ich vor allem als eine Bereicherung des Lebens.**



Dargestellt ist in Prozent die Zustimmung mit den zusammengefassten Antwortkategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ zu den genannten Aussagen.

rung sei wichtig für die Ansiedlung internationaler Firmen, und 55 Prozent meinten, sie bringe einen Ausgleich für den Fachkräftemangel.

Dass sich aktuell viele Menschen für eine stärkere Begrenzung aussprechen, kann auch damit zu tun haben, dass momentan die politische Gemengelage mit der Aufnahme einer großen Zahl ukrainischer Geflüchteter sowie der sich verschärfenden Energiekrise und ihren wirtschaftlichen Folgen die Stimmung der Bevölkerung entsprechend prägt. Zudem bleibt hier offen, welche Art von Zuwanderung die Befragten im Sinn hatten und was genau sie unter „Begrenzung“ verstehen. So könnte es erstens sein, dass die Ergebnisse unterschiedlich ausfallen, wenn man nach Fachkräftezuwanderung und Fluchtzuwanderung differenziert (siehe hierzu Kösemen / Wieland 2022); zweitens kann „Begrenzung“ auch als bessere Koordinierung oder Steuerung von Zuwanderung verstanden werden. Alles in allem ist festzuhalten, dass das Thema „Zuwanderung“ mit Ambivalenz betrachtet wird: Sie wird von vielen einerseits als eine Bereicherung und als vorteilhaft angesehen, andererseits zeigen sich auch Vorbehalte und Bedenken, das heißt, Zuwanderung wird auch als gesellschaftliche Herausforderung wahrgenommen.

### 3.6

#### **Junge Menschen sind offener für migrationsbedingte Vielfalt**

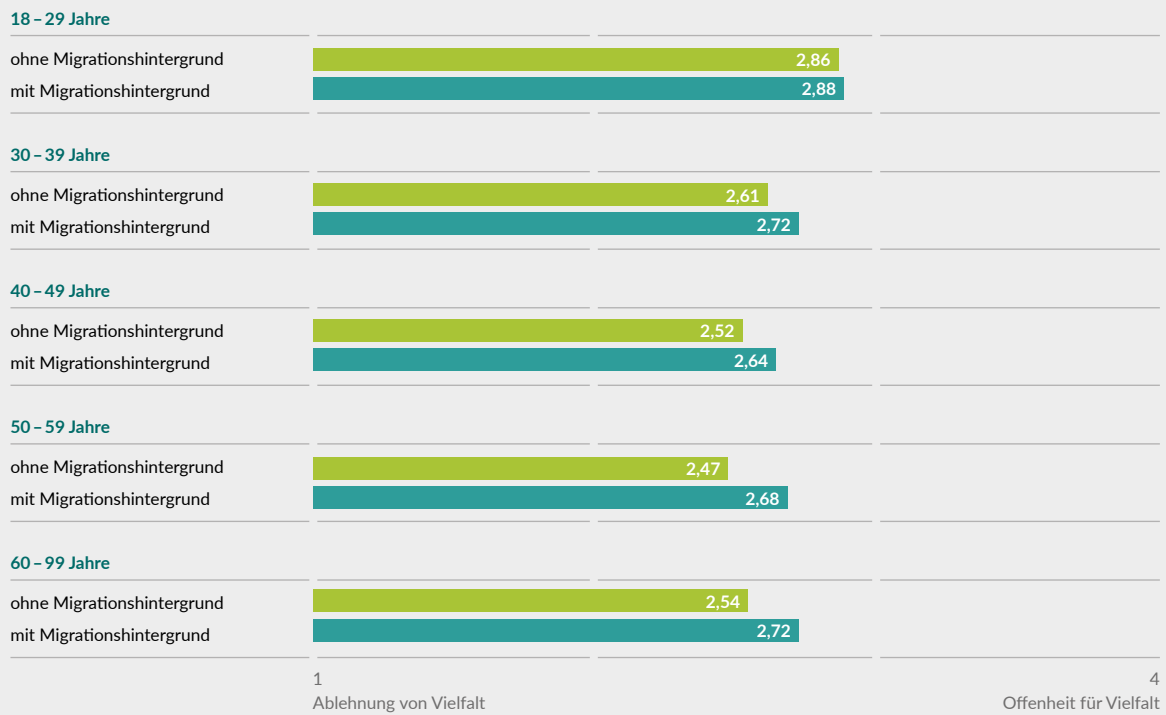
Die Ambivalenz gegenüber Zuwanderung ist jedoch nicht bei allen Teilen der Bevölkerung in gleicher Weise ausgeprägt, und es ist möglich, dass sie in Zukunft abnimmt. Denn für die heute jungen Menschen ist die migrationsbedingte Vielfalt in Deutschland bereits vielfach eine Normalität, mit der sie aufgewachsen sind, wohingegen die Älteren die zunehmende Vielfalt teils als starke Veränderung ihrer Lebensrealität erfahren. Deutschland ist zwar schon lange ein Einwanderungsland, aber sichtbar und erlebbar war Einwanderung über lange Jahre hinweg hauptsächlich in den industriellen Zentren Westdeutschlands. In weiten Teilen des Landes ist vermehrte einwanderungsbedingte Vielfalt hingegen ein verhältnismäßig junges Phänomen, sodass insbesondere ältere Menschen sowie Bewohner:innen ländlicher Gebiete und vieler Regionen Ostdeutschlands die für sie neue Realität der Einwande-

rungsgesellschaft als Transformation von einer eher homogenen zu einer zunehmend heterogenen Bevölkerung wahrnehmen.

Hingegen verfügen die jüngeren Menschen, die bereits mit einem größeren Maß an Vielfalt aufgewachsen sind, über mehr persönliche Erfahrungen mit Diversität. So ist etwa der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den jüngeren Altersgruppen deutlich höher als in den älteren Altersgruppen, das heißt, alltägliche Kontakte zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund finden in den jüngeren Altersgruppen häufiger statt. Während der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Jahr 2020 in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen bei lediglich 17 Prozent lag, war er bei den 25- bis unter 35-Jährigen mit knapp 34 Prozent doppelt so hoch, und bei den Kindern unter fünf Jahren betrug er sogar rund 40 Prozent (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2022).

Vor diesem Hintergrund ist erwartbar, dass die Jüngeren Einwanderung und Vielfalt mit mehr Gelassenheit und Offenheit begegnen. Wir haben dies in unserer Untersuchung überprüft, indem wir die Zustimmungen zu den genannten Aussagen aus Abbildung 6 so zusammengefasst haben, dass sich für jede befragte Person ein einzelner Wert auf einer Skala von 1 (starke Ablehnung migrationsbedingter Vielfalt) bis 4 (große Offenheit für migrationsbedingte Vielfalt) ergibt. In Abbildung 8 finden sich die entsprechenden durchschnittlichen Werte der unterschiedlichen Altersgruppen. Die Ergebnisse bestätigen die Annahme, dass die jüngeren Befragten insgesamt offener gegenüber Vielfalt sind als die älteren. Zudem zeigen sich hierbei in der jüngsten befragten Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen keine bedeutenden Unterschiede in den Einstellungen zwischen Befragten mit und Befragten ohne Migrationshintergrund. In allen anderen Altersgruppen hingegen sind die Befragten mit Migrationshintergrund offener gegenüber Vielfalt als jene ohne Migrationshintergrund. Diese Befunde deuten darauf hin, dass die aktuell noch ausgeprägte Ambivalenz gegenüber Zuwanderung und Vielfalt innerhalb der deutschen (Gesamt-)Bevölkerung mit der Zeit und dem Wandel der Generationen abnehmen könnte. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie einem Zustand weicht, in dem die Einwanderungsgesellschaft noch stärker als Normalität begriffen und mit mehr Gelassenheit wahrgenommen wird.

ABBILDUNG 8: **Offenheit für migrationsbedingte Vielfalt nach Altersgruppen**



Dargestellt sind hier die Mittelwerte für Offenheit für Vielfalt differenziert nach Altersgruppen und Migrationshintergrund. Dazu wurden die Zustimmungen zu den genannten Aussagen aus Abbildung 6 zusammengefasst (Cronbachs Alpha = 0,76) und die durchschnittliche Zustimmung berechnet, wobei höhere Werte für eine größere Offenheit für Vielfalt stehen.

# 4

## SUBJEKTIVE IDENTITÄTEN

### 4.1

#### „Migrationshintergrund“: Statistische Einordnung und Selbstbeschreibung sind nicht deckungsgleich

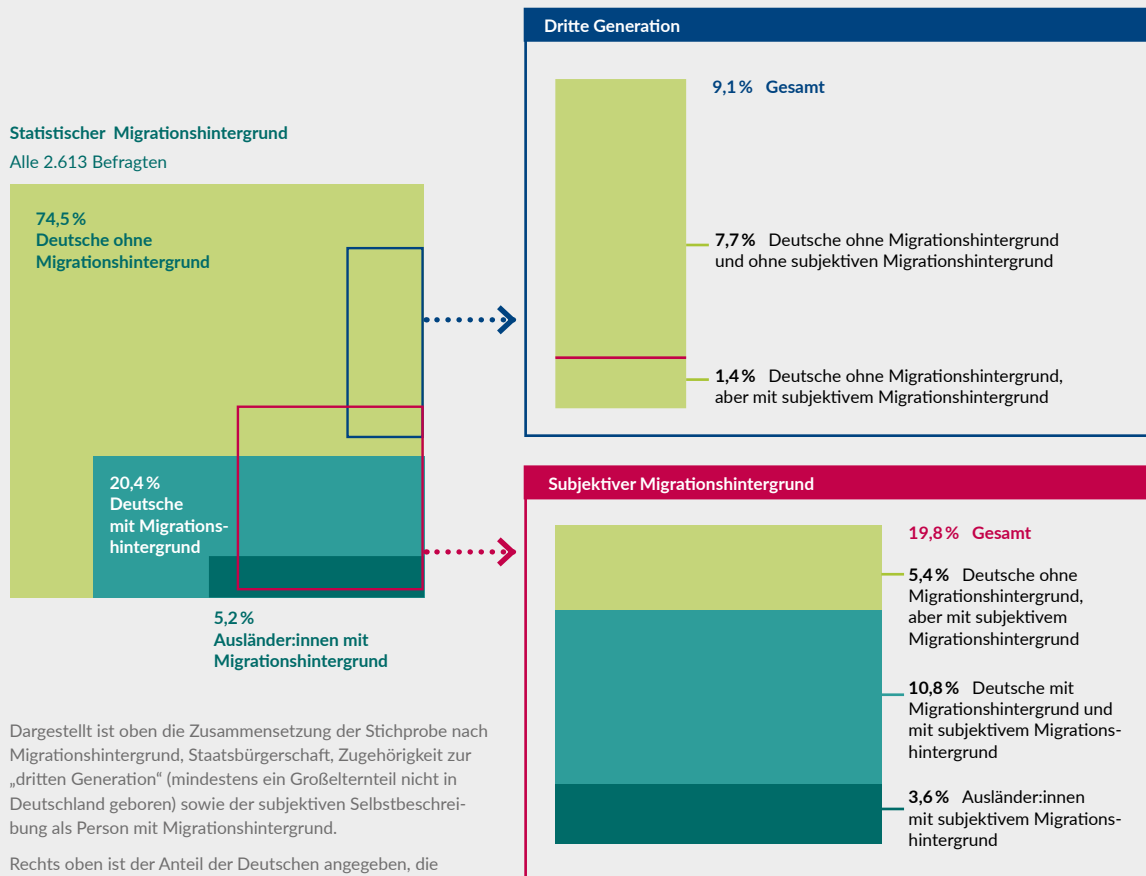
In Bezug auf den Migrationshintergrund machen unsere Ergebnisse sichtbar, dass statistische Erfassung und subjektive Selbstbeschreibung sich überlappen, aber ganz und gar nicht deckungsgleich sind. Nach unseren statistischen Kriterien haben 26 Prozent der Befragten einen Migrationshintergrund. Rund 20 Prozent sind Deutsche mit Migrationshintergrund (inkl. doppelter Staatsangehörigkeit) und etwas mehr als fünf Prozent sind Ausländer:innen. Der Anteil der Befragten, die von sich selbst sagen, sie hätten einen Migrationshintergrund, beträgt jedoch nur knapp 20 Prozent (siehe roter Kasten in Abb. 9). Von denjenigen, die statistisch betrachtet *einen Migrationshintergrund* haben, sagen viele (44 Prozent) von sich selbst, sie hätten keinen. Sieben Prozent derjenigen wiederum, die statistisch betrachtet *keinen Migrationshintergrund* haben, schreiben sich selbst einen solchen zu. Hier handelt es sich zumindest teilweise um Angehörige der „dritten Generation“, das heißt um Menschen, bei denen die Migrationsgeschichte in ihrer Familie bis in die Großelterngeneration zurückreicht. Diese Befunde lassen darauf schließen, dass die Menschen den Bezug zur Migration in ihrer eigenen Biografie oder in ihrer Familiengeschichte sehr unterschiedlich empfinden bzw. beschreiben (wollen).

### 4.2

#### „People of Color“ ist als Begriff mäßig bekannt und als Selbstbeschreibung wenig verbreitet

Neben dem „Migrationshintergrund“ haben wir in der Befragung auch den Begriff „People of Color“ als mögliche Selbstbeschreibung angeboten. Er findet als (Selbst-) Beschreibung von Menschen Verwendung, „die in der Mehrheitsgesellschaft als nicht-weiß angesehen werden und sich wegen ethnischer und / oder rassistischer Zuschreibungen alltäglichen, und anderen Formen des Rassismus ausgesetzt fühlen“ (Stern / Amadeu Antonio Stiftung 2022). Unsere Ergebnisse zeigen, dass der Begriff *People of Color* in Deutschland erwartungsgemäß mäßig bekannt und als Selbstbeschreibung bislang nicht weit verbreitet ist. Über die Hälfte (54 Prozent) der Befragten gibt an, den Begriff nicht zu kennen – wobei Befragte mit (statistischem) Migrationshintergrund ihn mit 52 Prozent häufiger kennen als Befragte ohne (statistischen) Migrationshintergrund (44 Prozent). Auch bei Befragten bis einschließlich 29 Jahren (69 Prozent), solchen mit höherer Bildung (65 Prozent) und bei Befragten mit einem höheren Einkommen (64 Prozent) ist der Begriff häufiger bekannt. Im Westen (48 Prozent) kennen ihn die Befragten eher als im Osten (34 Prozent).

ABBILDUNG 9: Diskrepanz von statistischer Fremdzuschreibung und Selbstzuschreibung beim Migrationshintergrund



Dargestellt ist oben die Zusammensetzung der Stichprobe nach Migrationshintergrund, Staatsbürgerschaft, Zugehörigkeit zur „dritten Generation“ (mindestens ein Großelternanteil nicht in Deutschland geboren) sowie der subjektiven Selbstbeschreibung als Person mit Migrationshintergrund.

Rechts oben ist der Anteil der Deutschen angegeben, die zur dritten Generation gehören. Dargestellt sind dabei die jeweiligen Anteile in Prozent derjenigen, die sich selbst nicht der Kategorie „mit Migrationshintergrund“ zuordnen und derjenigen, die dies tun.

Rechts unten sind die jeweiligen Anteile in Prozent aller deutschen und ausländischen Befragten angegeben, die sich selbst der Kategorie „mit Migrationshintergrund“ zuordnen.

BertelsmannStiftung

Nach der Abfrage, ob die Befragten den Begriff kennen, erhielten sie im folgenden Schritt eine Erläuterung in Form der oben zitierten Definition. Erst dann wurde nach der Selbstzuschreibung gefragt. Lediglich acht Prozent aller Befragten zählen sich selbst zu den *People of Color*. Von diesen haben wiederum etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) einen statistischen Migrationshintergrund; 75 Prozent schreiben sich einen solchen selbst zu. Betrachtet man nur jene Hälfte der *People of Color*, die statistisch betrachtet *keinen* Migrationshintergrund haben, so schreibt sich hier-

von noch rund ein Drittel einen Migrationshintergrund zu. Es zeigen sich außerdem ähnliche Zusammenhänge wie bereits bei der Frage nach der Kenntnis des Begriffs: Es sind eher jüngere als ältere Befragte und eher höher gebildete Befragte als solche mit niedriger formaler Bildung, die sich selbst als *People of Color* bezeichnen. Indes spielt das Einkommen hierbei keine Rolle mehr.

# 5

## FAZIT

Unsere Befragungsergebnisse spiegeln das Zusammenwachsen in der Einwanderungsgesellschaft als komplexes und dynamisches Geschehen wider. Die wichtigsten Erkenntnisse und Schlussfolgerungen lassen sich in folgenden neun Punkten zusammenfassen:

Es gibt Hinweise auf eingeschränkte **TEILHABECHANCEN** für Menschen mit (statistischem) Migrationshintergrund. Sie geben häufiger an, es im Vergleich zu den meisten anderen Menschen besonders schwer zu haben, eine Wohnung zu bekommen, eine passende Arbeitsstelle zu finden oder einen guten Bildungsabschluss zu erzielen. Des Weiteren äußern Menschen mit Migrationshintergrund häufiger das Gefühl, in der Gesellschaft nicht richtig dazuzugehören. Dies lässt auf Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung schließen. Es liegt daher nahe, die gesellschaftliche Sensibilität für Diskriminierung noch stärker zu fördern und Antidiskriminierungsmaßnahmen, insbesondere in den Bereichen „Wohnen“, „Arbeit“ und „Bildung“, zu intensivieren.

Trotz der Hinweise auf Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung ist die **LEBENSZUFRIEDENHEIT** aller Befragten sehr hoch. Deutschland wird von seinen Bewohner:innen unabhängig vom Migrationshintergrund als lebenswertes Land erlebt. Sowohl die Befragten mit als auch jene ohne Migrationshintergrund geben mit großer Mehrheit an, dass sie sich so, wie sie sind, von den meisten Menschen akzeptiert fühlen, dass sie sich in Deutschland zu Hause fühlen und dass sie mit ihrem Leben hierzulande alles in allem zufrieden sind. Diese Ergebnisse sind ein

starkes positives Zeichen für ein gelingendes Zusammenleben in der deutschen Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft.

Die **VERBUNDENHEIT** mit Deutschland bewegt sich bei allen Befragten auf einem hohen Niveau. Personen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, geben häufiger an, sich mit Deutschland stark oder eher verbunden zu fühlen, als Ausländer:innen dies tun. Zudem geben Erstere seltener an als Letztere, es bei der Teilhabe an Wohnen, Arbeit und Bildung besonders schwer zu haben. Das zeigt, dass der rechtliche Status als Staatsbürger:in mit allen Rechten und Pflichten im Erleben der Menschen einen positiven Unterschied macht. Daher sollte die Förderung von Einbürgerung in Deutschland verstärkt werden.

Das **VERTRAUEN IN DIE POLITIK**, vor allem in die repräsentativen Institutionen wie Parlament, politische Parteien und Bundesregierung, bewegt sich bei allen Befragten auf einem niedrigen Niveau. Eine Mehrheit der Befragten empfindet es als schwierig, mit ihren Interessen und Bedürfnissen von der Politik berücksichtigt zu werden, fühlt sich also nicht richtig gehört und repräsentiert. Zwar sind diese Ergebnisse weder neu noch im internationalen Vergleich ungewöhnlich, doch mit Blick auf eine stabile Zukunft der Demokratie sollte sich die Politik um eine stärkere Verbindung zu den Bürger:innen und um mehr Vertrauen bemühen, zum Beispiel indem sie die Gesellschaft in ihrer Vielfalt besser abbildet.

Im Vergleich zu den politischen Institutionen ist das **VERTRAUEN IN DIE POLIZEI** hoch: Eine Mehrheit aller Befragten gibt an, Vertrauen in die Polizei zu haben. Doch die Vertrauenswerte der Menschen mit Migrationshintergrund fallen gegenüber denjenigen der Menschen ohne Migrationshintergrund deutlich zurück. Die Hintergründe dieser Differenz sollten näher untersucht werden, etwa mittels Studien zur Problematik von Rassismus innerhalb der Polizei bzw. der Sicherheitsbehörden. Zugleich sollte mittels vielfaltsorientierter Rekrutierungsstrategien darauf hingewirkt werden, den Anteil von Polizist:innen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, da sie vielerorts noch immer unterrepräsentiert sind.

Eine große Mehrheit sowohl der Menschen mit als auch derjenigen ohne Migrationshintergrund ist der Ansicht, dass es für die **ZUGEHÖRIGKEIT** zur deutschen Gesellschaft vor allem darauf ankommt, dass jemand lange in Deutschland lebt, die Sprache spricht und seinen bzw. ihren Beitrag zur Gesellschaft leistet. Dieser Fokus auf verhaltensbezogene (statt askriptive oder rein formale) Kriterien ist ein positives Signal für das weitere Zusammenwachsen in der Einwanderungsgesellschaft und sollte Ansporn sein, die Chancengleichheit in den Bereichen „Bildung“ und „Arbeit“ noch stärker zu fördern.

**IDENTITÄTEN** in der Einwanderungsgesellschaft sind komplex und dynamisch. Viele Menschen, bei denen statistisch betrachtet ein Migrationshintergrund vorliegt, wählen diese Kategorie für sich nicht als Selbstbeschreibung. Statistische Kategorien von Personengruppen sind hilfreich und notwendig, um Ungleichheiten sichtbar zu machen und zu adressieren, aber sie dürfen darüber hinaus nicht zu einer statischen, homogenisierenden Betrachtung der Bevölkerung und einem „Schubladendenken“ führen.

Insgesamt zeigt sich bei den Befragten eine **AMBIVALENZ** gegenüber dem Thema „Zuwanderung“. Zuwanderung wird einerseits von vielen als Bereicherung und als vorteilhaft wahrgenommen, andererseits sprechen sich viele auch für eine Begrenzung von Zuwanderung aus. Die Politik ist gefordert, die Zuwanderung nach Deutschland und das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft so zu gestalten, dass die Vorteile und Chancen – für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch für die Zugewanderten und ihre Familien – noch stärker zum Tragen kommen. Dabei sollte Fairness als Leitbild der Migrationsgestaltung

verankert werden und die Interessen aller Beteiligten am Migrations- und Integrationsgeschehen sollten Berücksichtigung finden – im Sinne eines „Triple Win“ für Einwanderungsland, Migrant:innen und Herkunftsländer.

Für eine positive Entwicklung in der Zukunft spricht, dass die **JUNGEN MENSCHEN** – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – der kulturellen Vielfalt in der Gesellschaft offener gegenüberstehen als die Älteren. Im Unterschied zu den Älteren wachsen die heute Jungen bereits in einer durch Vielfalt geprägten Gesellschaft auf und erleben sie vielfach als Alltag. Diese Befunde deuten darauf hin, dass die aktuell noch ausgeprägte Ambivalenz gegenüber Zuwanderung und Vielfalt innerhalb der deutschen (Gesamt-)Bevölkerung mit der Zeit und dem Wandel der Generationen abnehmen könnte. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie einem Zustand weicht, in dem die Einwanderungsgesellschaft noch stärker als Normalität begriffen und mit mehr Gelassenheit wahrgenommen wird.

## HINWEISE ZUR METHODE

Die hier präsentierten Daten hat die Norstat GmbH vom 20. Juni bis zum 5. Juli 2022 online erhoben. Hierfür wurden 2.613 Personen ab 18 Jahren auf Deutsch befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte quotiert nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Bundesland und Bildungsgrad. Bei der Quotierung nach Migrationshintergrund wurde nicht zwischen Befragten mit und Befragten ohne deutsche Staatsbürgerschaft unterschieden. Daher sind Ausländer:innen in der Stichprobe unterrepräsentiert, während Deutsche mit Migrationshintergrund häufiger darin enthalten sind. Außerdem hat sich ergeben, dass die Befragten mit Migrationshintergrund über eine höhere formale Bildung und ein höheres Einkommen verfügen, als dies eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Es ist daher zu vermuten, dass die tatsächlichen Unterschiede zwischen dem Bevölkerungsteil mit Migrationshintergrund und dem ohne in der Gesamtbevölkerung sogar noch größer ausfallen, als dies hier der Fall ist.

Die Untersuchung ist so angelegt, dass Vergleiche zwischen unterschiedlichen Gruppen, insbesondere zwischen Befragten mit und solchen ohne Migrationshintergrund, möglich sind. Die Schätzung exakter Populationsparameter stand nicht im Mittelpunkt der Analysen. Daher wurde von einer zusätzlichen Gewichtung der Daten zum Ausgleich der geschilderten Verzerrungen abgesehen.

Für die Vergleiche zwischen Befragten mit und Befragten ohne Migrationshintergrund wurde statistisch geprüft, ob diese Unterschiede bedeutsam sind. In den Abbildungen sind die signifikanten Unterschiede mit Sternchen markiert (\* = 5-prozentiges Signifikanzniveau, \*\* = 1-prozentiges Signifikanzniveau, \*\*\* = 0,1-prozentiges Signifikanzniveau). Darüber hinaus wurde mittels einer multiplen Regressionsanalyse überprüft, ob die statistisch bedeutsamen Effekte des Migrationshintergrunds auch unter Kontrolle weiterer Variablen (Alter, Einkommen, Bildung, Geschlecht sowie Ost- oder Westdeutschland) erhalten bleiben. Dies hat sich bestätigt.



# LITERATUR

- Arant, Regina / Dragolov, Georgi / Boehnke, Klaus (2017): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2017. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. [ST-LW\\_Studie\\_Zusammenhalt\\_in\\_Deutschland\\_2017.pdf](#) (bertelsmann-stiftung.de) (Download 4.8.2022).
- Brand, Thorsten / Follmer, Robert / Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. [Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020](#) (bertelsmann-stiftung.de) (Download 4.8.2022).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2022): Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Alter. In: bpb.de. [Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Alter](#) | bpb.de (Download 4.8.2022).
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Psychosozial-Verlag. Gießen. [Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität](#) | Heinrich-Böll-Stiftung (boell.de) (Download 4.8.2022).
- Fachkommission Integrationsfähigkeit (2020): Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. Berlin. [Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten](#) (xn--fachkommission-integrationsfahigkeit-x7c.de) (Download 4.8.2022).
- Faus, Rainer / Mannewitz, Tom / Storks, Simon/Unzicker, Kai / Vollmann, Erik (2019): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. [ST-LW\\_Studie\\_Schwindendes\\_Vertrauen\\_in\\_Politik\\_und\\_Parteien\\_2019.pdf](#) (bertelsmann-stiftung.de) (Download 4.8.2022).
- Hasselmann, Donata / Wilmot, Viviann / Ghelli, Fabio (2021): Mehr Vielfalt bei der Polizei. In: Mediendienst Integration. [Mehr Vielfalt bei der Polizei](#) | Artikel | MEDIENDIENST INTEGRATION (mediendienst-integration.de) (Download 4.8.2022).
- IntMK (2021): Sechster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder. Bericht 2021. Bremen. [Sechster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder \(Bericht 2021\)](#) (integrationsmonitoring-laender.de) (Download 4.8.2022).
- Kösemen, Orkan / Wieland, Ulrike (2022): Willkommenskultur zwischen Stabilität und Aufbruch. Aktuelle Perspektiven der Bevölkerung auf Migration und Integration in Deutschland. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. [Willkommenskultur zwischen Stabilität und Aufbruch](#): Bertelsmann Stiftung (bertelsmann-stiftung.de) (Download 4.8.2022).
- Pürckhauer, Andrea (2022): Ciao, Migrationshintergrund? In: Mediendienst Integration. [Ciao, Migrationshintergrund?](#) | Artikel | MEDIENDIENST INTEGRATION (mediendienst-integration.de) (Download 4.8.2022).
- Röder, Antje / Mühlau, Peter (2012): What Explains Immigrants' High Level of Trust in Host Country Institutions? In: Journal of Ethnic and Migration Studies 38 (5), S. 777–792. (PDF) [What Explains Immigrants' High Levels of Trust in Host Country Institutions?](#) (researchgate.net) (Download 4.8.2022).
- Schiefer, David / van der Noll, Jolanda / Delhey, Jan / Boehnke, Klaus (2012): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – ein erster Überblick. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. [GP\\_Kohaesionsradar\\_Zusammenhalt\\_messen.pdf](#) (bertelsmann-stiftung.de) (Download 4.8.2022).
- Schulze, Tobias (2022): Seehofer weg, Studie kommt. In: taz.de. [Haushaltsmittel für „Extremismusstudie“: Seehofer weg, Studie kommt](#) – taz.de (Download 4.8.2022).

Statistisches Bundesamt (2022): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2021. [migrationshintergrund-2010220217004.pdf](#) (Download 4.8.2022).

Stern / Amadeu Antonio Stiftung (2022): People of Color. In: Mut gegen rechte Gewalt. Das Portal für Engagement. [People of Color | Mut Gegen Rechte Gewalt \(mut-gegen-rechte-gewalt.de\)](#) (Download 4.8.2022).

SVR (Sachverständigenrat für Integration und Migration) (2020): Zusammenrücken in Zeiten der Distanz. SVR-Integrationsbarometer 2020. Berlin. [Zusammenrücken in Zeiten der Distanz \(svr-migration.de\)](#) (Download 4.8.2022).

SVR (Sachverständigenrat für Integration und Migration) (2021): Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht. Jahresgutachten 2021. Berlin. [Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht \(svr-migration.de\)](#) (Download 4.8.2022).

Unzicker, Kai (2022): Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziales Vertrauen im vereinten Deutschland. In: bpb.de. Lange Wege der Deutschen Einheit. [Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziales Vertrauen im vereinten Deutschland | bpb.de](#) (Download 4.8.2022).

Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Dietz. Bonn. [#\\_MS-2021\\_Geforderte-Mitte.indb \(fes.de\)](#) (Download 4.8.2022).

Zmerli, Sonja (2016): Vertrauen in Institutionen. Die Bedeutung politischer Unterstützung angesichts krisenhafter Entwicklungen. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Gütersloh. S. 175–206. [Der Kitt der Gesellschaft: Bertelsmann Stiftung \(bertelsmann-stiftung.de\)](#) (Download 4.8.2022).

## **Impressum**

© August 2022  
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

DOI 10.11586/2022079

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Str. 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Verantwortlich  
Dr. Ulrike Wieland

Autor:innen  
Dr. Kai Unzicker  
Dr. Ulrike Wieland

Lektorat / Korrektorat  
Paul Kaltefleiter

Gestaltung  
Dietlind Ehlers

Bildnachweis  
© Getty Images / iStockphoto /  
jkate\_sept2004

### **Kontakt**

Dr. Ulrike Wieland  
Project Manager  
Programm Demokratie und Zusammenhalt  
Telefon +49 5241 81-81398  
Fax +49 5241 81-81999  
[ulrike.wieland@bertelsmann-stiftung.de](mailto:ulrike.wieland@bertelsmann-stiftung.de)

Dr. Kai Unzicker  
Senior Project Manager  
Programm Demokratie und Zusammenhalt  
Telefon +49 5241 81-81405  
Fax +49 5241 81-681131  
[kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de](mailto:kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de)

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)